

UNSERE PARLAMENTARISCHE ARBEIT IN DER ENQUETE-KOMMISSION **LEHREN AUS AFGHANISTAN FÜR DAS KÜNFTIGE VERNETZTE ENGAGEMENT DEUTSCHLANDS**

Positionen und Empfehlungen der AfD-Bundestagsfraktion





»Ohne die Bereitschaft zu illusionsloser Voraussicht und die Befähigung zu zielorientiertem Handeln wird es nach dem Afghanistan-Debakel und der Rückkehr des Krieges nach Europa keine wegweisende und erfolversprechende deutsche Außen- und Sicherheitspolitik geben.«

Botschafter a. D. Hans-Ulrich Seidt

Irrwege am Hindukusch – Ursachen und Folgen des westlichen Scheiterns in Afghanistan (2001–2021)

IM GEDENKEN

Die Mitglieder der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag gedenken der Gefallenen und im Einsatz Verstorbenen, sprechen den physisch oder psychisch Verwundeten und deren Angehörigen ihr tiefes Mitgefühl aus und danken allen Einsatzkräften für ihren Mut und ihre Tapferkeit.

Die Vertreter der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission

»Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«



Jan Nolte



Joachim Wundrak

Berlin
Juni 2025

INHALT

Im Gedenken	3
Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«	3
Vorwort	5
Welchen Auftrag hatte die Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«?	6
Vorgeschichte	7
Erste Arbeitsphase der Enquete-Kommission: Bestandsaufnahme	9
Zweite Arbeitsphase der Enquete-Kommission: Lehren für die Zukunft – notwendige Handlungsempfehlungen aus Sicht der Vertreter der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission	12
Abschlussbericht: Abweichende Positionen der AfD-Bundestagsfraktion	16
Quellenverzeichnis	18

Editorische Notiz

Alle Aussagen in dieser Broschüre, die wörtlich oder indirekt auf die Texte anderer Autoren Bezug nehmen, sind nachweisbar. Die entsprechenden Belegstellen können bei Bedarf angefordert werden. Im Anhang finden Sie eine Auflistung der hier verwendeten Quellen.

VORWORT

Liebe Bürger,

die AfD-Bundestagsfraktion legt Ihnen mit dieser Broschüre ihre Positionen in der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission (EK) »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands« vor.

Wir blicken hier zurück auf den tapferen Einsatz unserer Soldaten in Afghanistan, widmen uns der internationalen Sicherheitspolitik und der Notwendigkeit einer Neuorientierung Deutschlands in der Außenpolitik – insbesondere nach den Erfahrungen am Hindukusch – und legen in unseren Schlussfolgerungen dar, warum die Verteidigungs- und innere Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland künftig aus einer Position der Stärke und unter Wahrung der nationalen Interessen gestaltet werden muss.

Jede Bundesregierung ist aufgefordert, sorgsam, sparsam und nachhaltig mit staatlichen Ressourcen umzugehen. Angesichts der Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft betonen wir die Bedeutung von Effizienz im Umgang mit Steuergeldern. Dies gilt auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr und alle staatlichen Institutionen. Wir machen Vorschläge, wie öffentliche Ausgaben gezielt genutzt werden können, um langfristig Stabilität und Wohlstand zu sichern und die finanzielle Belastung der Bürger zu reduzieren.

Diese Broschüre soll nicht nur informieren, sondern sie soll auch zum Dialog anregen. Ihre Meinung ist uns wichtig und wir laden Sie ausdrücklich ein, Ihre politischen Vorstellungen und konkreten Vorschläge mit uns zu teilen. Nur so ist es möglich, dass Ihre Wünsche und Anliegen Teil unserer parlamentarischen Arbeit werden.

Lassen Sie uns gemeinsam für Deutschland eintreten, für eine seriöse und ernstzunehmende Sicherheitspolitik und für die Wiederherstellung des Ansehens unseres Landes in der Welt.

Es grüßen Sie herzlich



Jan Nolte MdB

Obmann in der Enquete-Kommission



Joachim Wundrak MdB

MdB (20. Wahlperiode) und Generalleutnant a. D.
Stellvertretendes Mitglied in der Enquete-Kommission



Bundesaußenminister Heiko Maas bei einer Gedenkzeremonie am Ehrenhain in Masar-e Scharif, Afghanistan

Welchen Auftrag hatte die Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«?

Enquete-Kommissionen werden vom Deutschen Bundestag oder den Länderparlamenten eingesetzt, um umfangreiche und politisch bedeutsame und inhaltlich komplexe technische und gesellschaftliche Themen aufzuarbeiten. Ein fraktionsübergreifender Kreis dafür ausgewählter Abgeordneter untersucht während einer Legislaturperiode gemeinsam mit externen Sachverständigen intensiv alle Details und Zusammenhänge des Fokusthemas. Dies geschieht in zahlreichen internen Arbeitsgruppen und in persönlichen Fachgesprächen. Mindestens einmal im Monat tagt die Gesamtkommission. Die Ergebnisse der Beratungen und Anhörungen dienen den Parlamenten als zusätzliche Expertisen im Gesetzgebungsverfahren.

Ziel der im Sommer 2022 vom Deutschen Bundestag eingesetzten Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands« war, Folgerungen aus dem deutschen Engagement in Afghanistan für die künftige Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik Deutschlands zu ziehen und hieraus konkrete Handlungsempfehlungen für eine bessere Vorbereitung sowie für die personelle und materielle Ausstattung der Einsätze, für eine effizientere Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und für eine stärkere parlamentarische Kontrolle abzuleiten. Die Kommission setzte sich aus elf Mitgliedern des Bundestages und elf Sachverständigen zusammen.



Vorgeschichte

Am 30. Juni 2021 endete mit der Landung der letzten 264 Soldaten in Wunstorf der zwanzig Jahre andauernde Einsatz der deutschen Bundeswehr, der gleichzeitig der verlustreichste in ihrer Geschichte war. Noch am 25. März 2021 hatte der Deutsche Bundestag – der politischen Linie der Bundesregierung folgend – mit 432 Ja-Stimmen und 176 Nein-Stimmen bei 21 Enthaltungen für eine Verlängerung des NATO-Einsatzes in Afghanistan gestimmt. Die AfD-Bundestagsfraktion stellte sich seinerzeit geschlossen gegen diesen Antrag und hat sich seit ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag 2017 mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen, zum Beispiel mit den Anträgen »Das deutsche Engagement in Afghanistan beenden« (Bundestagsdrucksache 19/7937) und »Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt – Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan zeitnah einleiten« (Bundestagsdrucksache 19/27199), immer wieder für die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes unserer Streitkräfte eingesetzt. Diese wie auch weitere Anträge der AfD-Fraktion zur Befriedung des fortdauernden Konflikts wurden jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Zur Begründung für die Mandatsverlängerung führte der damalige Bundesaußenminister Heiko Maas unter anderem aus, dass diese notwendig sei, um in Afghanistan die gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahre zu erhalten. Der Einsatz habe nicht nur zur Entstehung eines demokratisch kontrollierten Staatswesens geführt, das sich zur Wahrung universeller Menschenrechte bekenne, sondern auch einen Beitrag zur Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern geleistet (vgl. Bundestagsdrucksache 19/26916). Deutschland habe, im Wortlaut nachzulesen im Plenarprotokoll 19/215, zusammen mit anderen Nationen eine afghanische Armee aufgebaut, die 95 Prozent der gefährlichen Einsätze gegen die Taliban selbstständig durchführe. Trotz dieser vermeintlich positiven Meldungen kündigte der NATO-Rat am 14. April 2021 im Eiltempo das Ende der Mission an. Nicht einmal zwei Monate nach der Rückkehr der letzten deutschen Soldaten waren die Taliban in Afghanistan wieder an der Macht.

Der Antrag der Ampelfraktionen und der CDU/CSU auf Einsetzung einer Enquete-Kommission unter dem Titel »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands« wurde am 8. Juli 2022 beschlossen. Damit haben alle im Bundestag vertretenen Parteien, die in unterschiedlichen Koalitionen den insgesamt gescheiterten deutschen Afghanistan-Einsatz zu verantworten haben, auch die Richtung der Evaluierung vorgegeben.

Die Frage, ob in Zukunft militärische Interventionen Deutschlands im Ausland und insbesondere in kulturfremden Räumen auf Basis des von der Enquete-Kommission zum Grundprinzip erklärten »vernetzten Ansatzes« – also die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts und Akteuren der deutschen Seite wie Ministerien, Bundeswehr, Entwicklungshilfe und Nichtregierungsorganisationen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels – überhaupt erfolgversprechend sind, wird gar nicht gestellt.

Die kurze Einleitung zum Auftrag und zur Arbeit dieser Enquete-Kommission auf der Webseite der Deutschen Bundestages entspricht im vorletzten Satz insoweit unserem Ansinnen an dieser Stelle, widerspricht allerdings der tatsächlichen Arbeitspraxis in der Enquete-Kommission wie auch dem Einsetzungsantrag, in denen der vernetzte Ansatz jeweils nicht hinterfragt wurde.

Neben einer Aufarbeitung dieser Auslandsmission sollte in der Enquete-Kommission auch über die zukünftige Ausrichtung der Bundeswehr diskutiert werden (Bundestagsdrucksache 20/2570). Während deutsche Soldaten in Afghanistan zwei Jahrzehnte lang vergeblich für Demokratie und Frauenrechte kämpften und viele dabei ihr Leben ließen, wurde der Kernauftrag der Bundeswehr, nämlich die Landes- und Bündnisverteidigung, von der deutschen Politik vernachlässigt.

Das Narrativ, dass die Bundeswehr Deutschland am Hindukusch verteidige, traf zumindest seit der Zerschlagung der Al-Qaida-Strukturen in Afghanistan nicht mehr zu. Die Taliban verfolgten stets nationale, allenfalls sich auf Pakistan erstreckende transnationale Ziele. Sie traten zu keinem Zeitpunkt als international agierende Terrororganisation auf, die man durch Bekämpfung vor Ort in Afghanistan an der Verübung von Anschlägen in Deutschland hätte hindern müssen. Wie etwa Bundesminister a. D. Joschka Fischer und Botschafter a. D. Michael Steiner in den öffentlichen Anhörungen der Enquete-Kommission anmerkten, ging es beim Bundeswehreininsatz stattdessen fast ausschließlich darum, sich als verlässlicher Bündnispartner gegenüber den USA zu erweisen. Dies erklärt auch das weitere Festhalten am Afghanistan-Einsatz selbst dann, als deutlich wurde, dass die im Mandatstext festgehaltenen Ziele nicht erreicht werden konnten und Staaten wie die Niederlande, Kanada oder Frankreich frühzeitig abzogen.



Deutsche Soldaten auf Patrouille in Baharak, Afgha

Erste Arbeitsphase der Enquete-Kommission: Bestandsaufnahme

Aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion konnte – gerade angesichts der Ausführungen der externen Experten in den öffentlichen Anhörungen – schon das Ergebnis des Zwischenberichts (Bundestagsdrucksache 20/10400) nicht lauten, dass man lediglich an einigen Stellschrauben drehen müsse, um Operationen wie den Afghanistan-Einsatz zum Erfolg zu führen. Nationen- und Staatsbildung in kulturfremden Räumen mit dem Ziel, von außen ein anderes politisches System zu implementieren und Traditionen, Bräuche sowie Werte zu ersetzen, hat sich einmal mehr als unrealistischer Ansatz erwiesen. Staaten und Gesellschaften kulturfremder Räume können nicht einfach »umgebaut« werden. Dennoch ist ein vernetzter Ansatz im Sinne einer besseren Abstimmung und Koordination verschiedener Ressorts – vor allem zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Vertei-

digung sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – bei strategischen Fragen eine zwingende Voraussetzung für den Erfolg.

Den Terrorangriff am 11. September 2001 bewerteten die Mitgliedsländer der NATO einstimmig als Angriff auf die USA. Entsprechend hat sich Deutschland in Erfüllung seiner Verpflichtung als Mitglied des Bündnisses am Einsatz in Afghanistan beteiligt. Ein weiterer gewichtiger Grund für das deutsche Engagement in Afghanistan war, dadurch die Nichtteilnahme am Irak-Krieg kompensieren zu können. Dies war zum damaligen Zeitpunkt nicht zu vermeiden; der politisch bedingte Zwang zu schnellen Entscheidungen ging allerdings zulasten einer gründlichen Analyse der Situation in Afghanistan.

Erst zwei Jahre nach Beginn des Einsatzes legte die damals rot-grüne Regierung ein erstes »Afghanistan-Konzept der Bundesregierung« vor. Das Konzept wies jedoch weder eine ressortübergreifende Strategie mit klaren Ziel- und Zeitvorstellungen noch eine Zuweisung von entsprechenden zivilen und militärischen Mitteln aus. Dieser Missstand wurde über zwanzig Jahre hinweg von keiner der nachfolgenden Bundesregierungen behoben. Auch wurde vernachlässigt, die unterschiedlichen Ziele und Interessen der Verbündeten ausreichend abzustimmen und die aus deutscher Sicht maßgeblichen nationalen Interessen zu formulieren.

Ein weiteres Thema, dem sich die Enquete-Kommission bei der Bestandsaufnahme über Afghanistan – trotz der Vorgabe im Einsatzungsantrag, den gesamten zwanzigjährigen Einsatz zu beleuchten – nicht an-



genommen hat, ist das bereits im Jahr 2013 eingeführte Ortskräfteverfahren. Auch der ebenfalls in der 20. Legislaturperiode von den Ampelfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gemeinsam eingesetzte erste Untersuchungsausschuss »Afghanistan« umfasst lediglich den Zeitraum vom 29. Februar 2020 (Abschluss des Doha-Abkommens zwischen den USA und den Taliban) bis zum 30. September 2021 (Ende des Mandats zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung); siehe hierzu die Bundestagsdrucksache 20/2352 und den von der AfD-Fraktion eingebrachten Antrag auf Bundestagsdrucksache 20/1867. Die afghanische Regierung unter dem früheren Präsidenten Karzai kritisierte seinerzeit das Ortskräfteverfahren als eine Schwächung der »Moral des afghanischen Volkes«, denn

gerade die gut ausgebildeten Fachkräfte brauche man in der Islamischen Republik Afghanistan. Die dadurch nicht nur verstärkte Folge des »Brain-Drain«, sondern vor allem der allgemeine Migrationsdruck auf Deutschland wurden mit der anschließenden inhaltlichen Aufweichung sowie der zeitlichen Ausweitung der Definition der »Ortskraft« im Sommer 2021 und durch den Beginn des Bundesaufnahmeprogramms im Oktober 2022 mit 44.146 Aufnahmezusagen weiter befördert (vgl. Bundestagsdrucksache 20/8322, Seite 3).

Überdies wird im Einsetzungsantrag die mit dem Beginn des Ukraine-Krieges seit dem 24. Februar 2022 völlig veränderte geopolitische Lage in der Welt und auch für Deutschland mit keiner Silbe erwähnt.



Sondervoten und Kommentierungen der AfD-Bundestagsfraktion

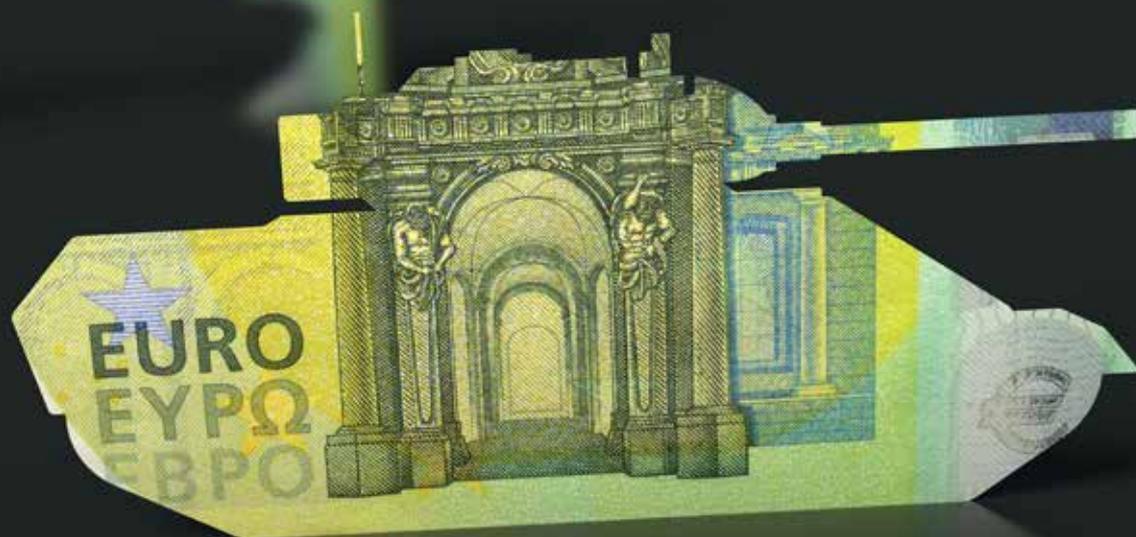
Zwischenbericht der Enquete-Kommission
»Lehren aus Afghanistan für das künftige
vernetzte Engagement Deutschlands«



Bundestagsdrucksache 20/10400, 19.02.2024
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010400.pdf>

In dem am 19. Februar 2024 veröffentlichten und am 23. Februar 2024 im Plenum des Deutschen Bundestages debattierten Zwischenbericht (Bundestagsdrucksache 20/10400) haben wir unsere Positionen in neun Sondervoten deutlich gemacht:

1. Die eigenen nationalen Interessen Deutschlands in Afghanistan wurden nicht formuliert beziehungsweise fehlen gänzlich.
2. Wir fordern eine Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung sowie eine vollständig einsatzbereite Aufstellung und Ausstattung der Bundeswehr.
3. Die inhaltliche Aufweichung sowie die zeitliche Ausweitung der Definition der »Ortskraft« im sogenannten Ortskräfteverfahren sind mit erheblichen negativen finanziellen und sicherheitsbezogenen Konsequenzen für Deutschland verbunden.
4. Die Interessenlage und Einflussnahme der regionalen Staaten, insbesondere Pakistans, wurden nur unzureichend betrachtet.
5. Wir kritisieren die fehlende Reflexion der Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss »Afghanistan«, insbesondere zum Ablauf des Einsatzes in den letzten Tagen vor der Machtübergabe an die Taliban Mitte August 2021.
6. Wir rügen, dass die Taliban von Deutschland aus mit Steuermitteln finanziert und dadurch indirekt legitimiert wurden.
7. Die auch von der Bundesregierung befürwortete afghanische Verfassung von 2004 enthielt eine sogenannte »Scharia-Klausel«, die alle Regelungen letztlich dem islamischen Recht unterordnet. Dieses widerspricht aber ganz zentral den Werten, für die Deutschland und generell der Westen stehen. Für die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit nach unserem Verständnis war sie damit unzureichend und letztlich ein instabiles Fundament.
8. Die Kosten für Deutschland gibt die Bundesregierung mit 17,3 Milliarden Euro an. In dieser Zahl sind aber eine Reihe von Kosten – unter anderem Finanzierungskosten, Beratungskosten, Opportunitätskosten durch unterbliebene Investitionen – nicht enthalten. Unter Berücksichtigung dieser zusätzlichen Kosten könnten sich die Gesamtkosten für die Bundesrepublik Deutschland für die Missionen in der Islamischen Republik Afghanistan auf bis zu 47 Milliarden Euro belaufen.
9. Afghanistan hätte »mehr trade statt aid« gebraucht.



Zweite Arbeitsphase der Enquete-Kommission: Lehren für die Zukunft – notwendige Handlungsempfehlungen aus Sicht der Vertreter der AfD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Enquete-Kommission zusätzliche Zeit zur Verfügung stand, um sich mit der Aufklärung der Ereignisse am Hindukusch von Anfang 2024 bis zur Erstellung des Abschlussberichts (Jahreswechsel 2024/2025) zu befassen. Wir brachten in dieser Phase der Kommissionsarbeit zahlreiche konkrete Anregungen für Handlungsempfehlungen mit dem Ziel ein, Deutschland mit realistischen Strategien und einem Nationalen Sicherheitsrat für das absehbar noch wichtiger werdende internationale Krisenmanagement zu wappnen.

Im Einzelnen zieht die AfD-Bundestagsfraktion zu den nachstehenden Sachverhalten folgende Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz und formuliert darauf basierend diese Empfehlungen:

1. Die Sicherheitspolitik Deutschlands hat sich in erster Linie an den Interessen des deutschen Volkes zu orientieren und muss den Verfassungszielen von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für das deutsche Volk genügen. Die Interessen anderer, auch die Interessen unserer Verbündeten, müssen dem nachgeordnet bleiben.

2. Das Verhältnis zur Bundeswehr beziehungsweise die Sicht auf die Bundeswehr seitens der Politik und der Gesellschaft muss sich, nicht nur in Bezug auf Auslandseinsätze, sondern im Grundsatz zügig verbessern. Die Kernfähigkeit, die den Soldaten von Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk (THW) oder dem Roten Kreuz unterscheidet, ist letztlich der Kampf. Wer Soldaten einsetzt, muss das akzeptieren. Die deutsche Politik hat in der Vergangenheit versucht, diese Komponente auszublenken und die Bundeswehrsoldaten eher als eine Art bewaffnetes THW darzustellen – so die Feststellung von Thomas de Maizière im SPIEGEL vom 3. September 2011.



Dabei brauchen wir Männer und Frauen, die bereit sind, die Sicherheit Deutschlands und deutsche Interessen letztlich auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Wir sind unseren Soldaten für ihren Dienst zu großem Dank verpflichtet. Die Befähigung zur Landes- und Bündnisverteidigung und damit eine vollumfänglich einsatzbereite Aufstellung sowie Ausstattung der Bundeswehr muss wieder Priorität genießen.

3. Oberste Staatsräson für Deutschland muss die Erhaltung und Förderung des Friedens in Europa sein. Die NATO ist als System kollektiver Sicherheit auch in Zukunft wichtig. Europa muss aber endlich eigene, glaubwürdige militärische Fähigkeiten entwickeln – unabhängig davon, wer in den USA Präsident ist. Daher muss insbesondere auch die OSZE als System regionaler Sicherheit gestärkt werden, um der diplomatischen und friedlichen Konfliktlösung in Europa wieder eine Plattform zu bieten.
4. Deutsche Interessen außerhalb Europas sind mit diplomatischen Mitteln zu verfolgen. Einsätze der Bundeswehr außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung sollten vom Deutschen Bundestag nur dann beschlossen werden, wenn unbestreitbar vitale und existenzielle deutsche Interessen gefährdet sind. Dabei müssen die Risiken und Erfolgsaussichten sorgfältig und kritisch gegeneinander abgewogen werden.

Zudem bedarf es einer ressortübergreifend abgestimmten und auf das Zielland hin ausgerichteten Strategie mit jeweils klar definierten und operationalisierten Zielen sowie einer frühzeitig formulierten Ausstiegsstrategie. Sollte die Entwicklung einer solchen Strategie aus Zeitgründen nicht vor Einsatzbeginn möglich sein, so ist sie spätestens mit der ersten Mandatsverlängerung zwingend vorzulegen. Auslandseinsätze, die ihr Ziel erkennbar nicht erreichen, müssen beendet werden. Kanada und Frankreich haben dies beim Afghanistan-Einsatz getan. Auch in Deutschland hätte man spätestens ab 2011 wissen können, dass die Ziele des Afghanistan-Einsatzes nicht erreicht werden.

5. Internationales Krisenmanagement wird es auch in Zukunft geben. Strategien, die auf militärische Interventionen und/oder Interventionen zur Nationen- und Staatsbildung mit Implementierung eines neuen politischen Systems und/oder westlicher Werte und Normen in kulturfremden Räumen zielen, sind bisher nahezu ausnahmslos gescheitert. Sie hatten und haben lang andauernde Destabilisierung, unkalkulierbare Schäden und Migrationsströme

in Richtung Europa sowie insbesondere Deutschland zur Folge und sind daher abzulehnen. Daher muss sich das künftige internationale Krisenmanagement realistische Ziele setzen und darf nicht undurchführbaren politischen Wunschvorstellungen folgen.

6. Der Anspruch eines vernetzten Ansatzes wurde zwar von den Ministerien erhoben, aber zu keinem Zeitpunkt in der parlamentarischen Arbeit abgebildet. Die diesbezüglichen Debatten konzentrierten sich überwiegend auf die fast routinemäßige Mandatsverlängerung für die Bundeswehr; eine Gesamtbetrachtung der Aktivitäten der beteiligten Ressorts erfolgte jedoch nicht. Um diesem Umstand künftig entgegenzuwirken, wäre die Ernennung eines parlamentarischen Beauftragten, dessen Aufgabenbereich die Koordination und Abstimmung der parlamentarischen Arbeit und Kontrolle umfasst, für jeden ressortübergreifenden Einsatz zweckmäßig.
7. Der Deutsche Bundestag benötigt für seine politische Willensbildung eine fundierte Wissensbasis und sollte einen eigenen Fachausschuss für Auslandseinsätze einrichten.
8. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz sollte dahingehend geändert werden, dass der Deutsche Bundestag Mandaten nicht nur zustimmen oder diese ablehnen kann, sondern dass es ihm auch möglich ist, Mandatsänderungen zu erwirken.
9. Die Arbeit und Handlungsfähigkeit des Deutschen Bundestages bezüglich der Erteilung, Erweiterung, Verknappung, Verlängerung und Beendigung von Mandaten muss flexibilisiert werden. Sondersitzungen müssen im Zweifel für das Wohl der Soldaten ad hoc einberufen werden können.
10. Eine Auswertung der politischen Halbjahresberichte der Botschaft Kabul von 2002 bis 2022 belegt, dass zentrale und systemische Probleme ausgeblendet wurden; so werden Drogenanbau- und -handel erstmals 2007 und die Migration erstmals 2016 erwähnt, Korruption vor 2010 nur marginal. In diesem Zusammenhang sei nochmal ausdrücklich auf die beiden von der Enquete-Kommission beauftragten Gutachten zur Drogenökonomie und zur Korruption, zur Patronage und zum Klientelismus hingewiesen – mit Bewertungen, die die AfD-Bundestagsfraktion teilt.

Offensichtlich ist die Fokussierung auf angebliche Erfolge und Fortschritte insbesondere in den Jahren von 2008 bis 2016. Charakterisieren lässt sich dies als organisationsinterne Schönmalerei insbesondere im Auswärtigen Amt. Der Informationsfluss an den Deutschen Bundestag erfolgte in homöopathischen Dosen. Die »Unterrichtungen des Parlaments« (kurz: UdP) waren nicht ausreichend, ereignisbezogen und oft zu positiv formuliert. Um dies zu verhindern, sollte künftig von Beginn an eine unabhängige externe Evaluierung der Zielerreichung erfolgen, etwa durch eine ähnliche Institution wie der Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) in den USA.

11. Anders als im Abschlussbericht gefordert, lehnen wir den Digital Service Act ab. Er richtet sich nicht nur gegen strafbare Inhalte, sondern soll auch Meinungsäußerungen eindämmen, die die Schwelle der Strafbarkeit nicht überschritten haben. Dies ist unserer Auffassung nach einer Demokratie unwürdig.
12. Viele Empfehlungen des Abschlussberichts der Enquete-Kommission könnten nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln, unter anderem für Personal, Organisation und Strukturen, umgesetzt werden. Damit aber werden die absehbaren wirtschaftspolitischen und haushalterischen Herausforderungen sowie die damit einhergehenden geplanten Sparmaßnahmen der nächsten Jahre nicht ausreichend berücksichtigt. Der nachhaltige Abbau von Doppelstrukturen, die Beseitigung von bestehenden Redundanzen, eine Bündelung der Kompetenzen und die Nutzung von Synergieeffekten wäre der notwendige Ansatz.
13. In diesem Sinne forderte die AfD-Bundestagsfraktion bereits im Frühjahr 2022 einen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik und eine Entwicklungszusammenarbeit im deutschen Interesse (siehe Bundestagsdrucksache 20/704). Auch sollte eine Zusammenlegung von Ministerien erwogen werden, etwa die Integrierung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt und/oder in das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (in der 21. Wahlperiode »Bundesministerium für Wirtschaft und Energie«).
14. Die oft erhobene Forderung nach einer besseren Integration und Vernetzung der einzelnen Ressorts der Bundesregierung kann am besten realisiert werden, indem ein Nationaler Sicherheitsrat die Definition der nationalen Interessen, die sicherheitspolitische Strategieentwicklung und die strategische Koordination der Ressorts übernimmt. Im Antrag der AfD-Fraktion auf Bundestagsdrucksache 20/1746 vom Mai 2022 (dort Seite 2) heißt es dazu:

»Vor diesem Hintergrund ist es die dringende Aufgabe der Bundesregierung, umgehend den Bundessicherheitsrat hin zu einem ständigen, ressortübergreifenden Nationalen Sicherheitsrat nach österreichischem (Nationaler Sicherheitsrat – Bundeskanzleramt Österreich), französischem oder japanischem Vorbild mit effizienten und schlanken Strukturen umzubauen. Dieser Nationale Sicherheitsrat wird vom Bundeskanzler geführt und umfasst die für die Sicherheit relevanten Kabinettsmitglieder. Dem Nationalen Sicherheitsrat steht ein ständiger Nationaler Sicherheitsberater mit einem Stab im Bundeskanzleramt zur Verfügung. Um die Handlungsfähigkeit der Exekutive demokratisch zu legitimieren, ist ein Parlamentarisches Kontrollgremium einzusetzen. Es ist die dringende Aufgabe der Bundesregierung, präventive, langfristige Strategien und Lösungen zu entwickeln und deren Umsetzung in einer deutschen nationalen Gesamtstrategie zu institutionalisieren.«

Abschlussbericht: Abweichende Positionen der AfD-Bundestagsfraktion

In dem am 27. Januar 2025 veröffentlichten und am 31. Januar 2025 im Plenum des Deutschen Bundestages debattierten Abschlussbericht (Bundestagsdrucksache 20/14500) haben wir, zusätzlich zu den vorstehenden 14 Handlungsempfehlungen, in den drei nachfolgenden Repliken die widersprüchlichen Argumentationen der anderen Fraktionen deutlich gemacht und die Positionen der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag herausgestellt:

1. Die im Schlussteil des Sondervotums – insbesondere von Mitgliedern der Enquete-Kommission aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vorgeschlagene Eröffnung eines *»Verbindungsbüro[s] in Kabul, ausdrücklich unterhalb einer diplomatischen Anerkennung«* der Taliban, hat die AfD-Bundestagsfraktion bereits im September 2024 mit einem Antrag in den Deutschen Bundestag zur Debatte eingebracht (siehe Bundestagsdrucksache 20/12973: *»Verbesserung von Abschiebungsmöglichkeiten – Eröffnung eines deutschen Verbindungsbüros in Kabul«*). Gefordert wurde darin etwa *»mit dem Verbindungsbüro eine Anlaufstelle für deutsche und afghanische Vertreter aus der Wirtschaft zu schaffen«* sowie *»eine Koordinierung für die Rückkehr afghanischer Staatsbürger aus Deutschland zu ermöglichen.«*

In der Begründung hieß es unter anderem:

»Nachdem die westlichen Alliierten mit der Unterstützung einer afghanischen Republik unter Ausschluss fundamentalistischer Kräfte wie der Taliban gescheitert sind, ist es aus deutschem nationalem Interesse geboten, dass die Bundesregierung schrittweise auf diplomatischer Ebene mit der offiziellen afghanischen Regierung kommuniziert, ohne diese anzuerkennen.«

Und weiter:

»Die Bundesregierung muss sich den politischen Tatsachen stellen und vernünftige Arbeitsbeziehungen mit der Taliban-Regierung in Kabul herstellen, nicht zuletzt, um über die sicherheits- und migrationspolitischen Entwicklungen in Afghanistan vor Ort Erkenntnisse zu sammeln und die Lage zu verfolgen.«

In der dazugehörigen Plenardebatte vom 27. September 2024 äußerte sich die Abgeordnete der Grünen Schahina Gambir, im Übrigen auch Obfrau der Grünen in dieser Enquete-Kommission, noch ganz anders (siehe Plenarprotokoll 20/189, Seite 24635):

»Eine Annäherung wäre auch ein Verrat an unseren außenpolitischen Grundprinzipien. Wir müssen strategisch und vorausschauend handeln und stets basierend auf der Achtung der Menschenrechte. [...] Unsere Außenministerin [Annalena Baerbock] ist mit weiteren Partnerländern diese Woche schon einen weiteren wichtigen Schritt in diese Richtung gegangen.«

Frau Gambir fährt fort:

»[...] Sie hat klargemacht, dass sie die Taliban beim Internationalen Strafgerichtshof anzeigen wird, wenn die schweren Verstöße gegen die Frauenrechte weiter anhalten. Das sind die Wege, die wir beschreiten müssen, um den Druck auf die Taliban zu erhöhen.«

2. Die AfD-Bundestagsfraktion möchte die folgende Feststellung im Sondervotum der Fraktion der CDU/CSU hervorheben und ihr ausdrücklich zustimmen:

»Das bis August 2021 durchgeführte Ortskräfteverfahren (OKV) mit einer Prüfung der individuellen Gefährdungslage hätte auch nach August 2021 umgesetzt werden können, da die Erfahrung gezeigt hat, dass eine Gefährdung von Ortskräften nur in den allerwenigsten Fällen tatsächlich gegeben war.«

Allerdings gibt es innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bezüglich dieser von ihr selbst thematisierten Frage offensichtlich abweichende Meinungen. In einer Plenardebatte Ende September 2024 äußerte sich ein Abgeordneter der CDU/CSU noch wie folgt (siehe Plenarprotokoll 20/189, Seite 24633):

»Deutschland hat zwischen 2001 und 2021 mit vielen Partnern zur politischen und auch wirtschaftlichen Stabilisierung in Afghanistan beigetragen. Daran haben viele Ortskräfte mitgewirkt, die für Deutschland oder internationale Organisationen gearbeitet haben. Sie haben sich für die Entwicklung ihres Landes engagiert und werden dafür bis heute von den Taliban verfolgt.«

3. Die AfD-Bundestagsfraktion spricht sich gegen die von drei Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie einer von dieser Fraktion benannten Sachverständigen im Sondervotum angeregte erhebliche Ausweitung des Begriffs der »Kernfamilie« aus. Die Anpassung an das regionale Verständnis könnte auch Zweit- und Drittfrauen miteinbeziehen, wie es zum Beispiel in Afghanistan der Fall ist. Aus Sicht der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag ist die Definition der Kernfamilie eindeutig: Die Kernfamilie umfasst zwei Generationen – die der Eltern (Mutter und Vater) und die der leiblichen unverheirateten minderjährigen Kinder.

Die weitere Förderung des gescheiterten Bundesaufnahmeprogramms »Afghanistan« der geplatzten Ampelkoalition, das zwischenzeitig bereits aufgrund von Missbrauchsversuchen bei der Visavergabe im Auswärtigen Amt für mehrere Monate gestoppt und im Rahmen der letztlich nicht finalisierten Haushaltsverhandlungen 2024/2025 in der Finanzierung deutlich reduziert werden sollte, lehnt die AfD-Bundestagsfraktion entschieden ab. Dieses Bundesaufnahmeprogramm muss unverzüglich beendet werden.

QUELLENVERZEICHNIS

Bundestagsdrucksachen

- Bundestagsdrucksache 19/27199
- Bundestagsdrucksache 19/7937
- Bundestagsdrucksache 19/26916
- Bundestagsdrucksache 20/2570
- Bundestagsdrucksache 20/10400 (Zwischenbericht)
- Bundestagsdrucksache 20/2352
- Bundestagsdrucksache 20/1867
- Bundestagsdrucksache 20/8322
- Bundestagsdrucksache 20/704
- Bundestagsdrucksache 20/1746
- Bundestagsdrucksache 20/14500 (Abschlussbericht)
- Bundestagsdrucksache 20/12973

Protokolle

- Plenarprotokoll 19/218, Seiten 27563ff., Seite 27571 und Seiten 27581-27584
- Plenarprotokoll 19/215, Seite 27121 und 27127
- Plenarprotokoll 20/189, Seite 24633 und 24635
- Wortprotokoll der 24. Sitzung der Enquete-Kommission am 03.07.2023, Seite 5 und 26
https://www.bundestag.de/resource/blob/975832/c88e95ae0af1f488f04fb77911f1c418/Wortprotokoll_Anhoerung-am-03-07-2023-data.pdf
- Wortprotokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission am 21.11.2022, Seite 9
https://www.bundestag.de/resource/blob/927700/13727d76e165d018764975944b2a965d/Wortprotokoll_21-11-2022-data.pdf

Internetlinks

- <https://www.bundeswehr.de/de/auftrag/einsaetze/missionen/abgeschlossene-einsaetze-der-bundeswehr/afghanistan-resolute-support> [letzter Aufruf: 01.02.2024]
- https://www.bundestag.de/ausschuesse/ausschuesse20/weitere_gremien/enquete_afghanistan [letzter Aufruf: 01.02.2024]
- <https://www.nzz.ch/international/frankreich-hat-schon-frueh-am-afghanistan-einsatz-gezweifelt-ld.1642483> [letzter Aufruf: 01.02.2024]
- <https://taz.de/Ende-des-Afghanistan-Mandats!/5148508/> und <https://www.tageblatt.lu/nachrichten/ausland/niederlande-beginnen-abzug-aus-afghanistan-96543462> [letzter Aufruf: 01.02.2024]
- <https://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-abzug-karzai-protestiert-gegen-asyl-fuer-bundeswehr-helfer-a-895071.html> [letzter Aufruf: 01.02.2024]
- https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/IP_11-12_2011_DeMaiziere.pdf; https://imi-online.de/download/factsheet_bundeswehrreform_web.pdf [letzter Aufruf: 24.03.2025]
- <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-de-maiziere-kuendigt-mehr-militaerische-einsaetze-an-a-784251.html> [letzter Aufruf: 24.03.2025]

Impressum

Herausgeber:
Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Juni 2025

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  youtube.com/AfDFraktionimBundestag
-  instagram.com/afdimbundestag/
-  tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
-  Rundbrief-Abonnement: afdbundestag.de/rundbrief/

JETZT KOSTENFREI BESTELLEN

Sie können jede Publikation der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei bestellen und erhalten diese per Post in einem neutralen Umschlag nach Hause geliefert.

www.afdbundestag.de/bestellung/

